



ACADEMIA ENGELBERG

1st Dialogue on Science - October 23 – 25, 2002
Engelberg, Switzerland

Partizipation durch Kommunikation

Patrick Moore, Ph.D., Greenspirit / Vancouver, Canada
patrickmoore@greenspirit.com

© 2002, Patrick Moore



Einleitung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts findet man die Umweltphilosophen in zwei Lager gespalten, zwischen denen sich ein breiter Graben aufgetan hat. Auf der einen Seite stehen die Cassandra-rufer, die in Erwartung des totalen Zusammenbruchs des globalen Ökosystems wie der bekannte Umweltaktivist und kanadische Landsmann David Suzuki "eine Apokalypse biblischen Ausmasses" prophezeien, auf der anderen die fortschrittsgläubigen Technokraten, die glauben, dass wir durchaus 12 Milliarden Menschen auf der Erde ernähren können und sich alle Probleme durch Wissenschaft und Technik lösen lassen. Letztere versuchen, die Umweltskeptiker zu diskreditieren und sehen das Heil allein im Wachstum. Ich persönlich bin der Ansicht, dass keine dieser beiden Extremhaltungen Sinn macht. Es gibt einen Mittelweg, der auf Wissenschaft und Logik basiert – und in seiner Kombination bisweilen auch als "Common Sense" (Vernunft) bezeichnet wird. Darüber dürfen wir aber die real existierenden Probleme nicht vergessen – und da kann in der Tat noch viel für die Umwelt getan werden.

Geschichte der Greenpeace Aktivisten

Ich wurde in dem kleinen Fischer- und Holzfällerdorf Winter Harbour an der Nordwestspitze von Vancouver Island geboren und wuchs dort inmitten des pazifischen Regenwaldes auf. Was für eine glückliche Kindheit ich beim Spielen entlang der Flussufer erleben durfte, wo ich den Lachsen auf ihrer Wanderung zu den angestammten Laichplätzen zuschauen konnte, erkannte ich erst, als ich diese Idylle im Alter von 14 Jahren zurücklassen musste, um ein Internat in Vancouver zu besuchen. Schliesslich entschloss ich mich für ein Studium der Life Sciences (Biologie, Forstwirtschaft, Genetik) an der University of BC. Erst als ich mich mit der Ökologie beschäftigte, erkannte ich, dass mir die Wissenschaft einen Einblick in das Mysterium des Regenwaldes verschaffen konnte, wie ich ihn als Kind kennengelernt hatte. Ich war sozusagen zum Ökologen "wiedergeboren" und entwickelte mich Ende der 60er-Jahre zum radikalen Umweltaktivisten.

Schliesslich fand ich mich in einem kirchlichen Gemeinschaftskeller in Vancouver mit einer Gruppe Gleichgesinnter wieder, die eine Protestkampagne gegen die geplanten Wasserstoffbombentests der US-amerikanischen Regierung in Alaska planten. Wir stellten unter Beweis, dass eine Gruppe von etwas abgerissen aussehenden Umweltaktivisten ein altes, leckendes Fischerboot über den Nordpazifik steuern und die Geschichte verändern konnten. Indem wir alle Kräfte bündelten, um die Aufmerksamkeit allein auf diese spektakuläre Protestaktion zu lenken, gelang es uns, ein nationales Medienecho hervorzurufen und somit eine wachsende Opposition gegen Atombombentests in den USA und Kanada aufzubauen. Damit ging die im November 1971 zum Höhepunkt des Vietnamkrieges und des Kalten Krieges gezündete Bombe als letzte Wasserstoffbombe in die Geschichte ein, die auf dem Planeten Erde detonierte. Obwohl noch weitere vier Versuche in dieser Testreihe geplant waren, wurden diese auf den Druck der Öffentlichkeit hin von Präsident Nixon endgültig abgesetzt. Dies war die Geburtsstunde von Greenpeace.



Als strahlende Sieger und in dem stolzen Bewusstsein, durch Taten etwas bewirken zu können, wurden wir in dem Langhaus (eine Art Gemeindehaus für öffentliche Versammlungen und Feste) des Kwakiutl-Indianerstammes an der Alert Bay nahe der Nordspitze von Vancouver Island willkommen geheissen. Der Stamm bot uns die Bruderschaft an, weil die Eingeborenen an das was wir taten glaubten. Damit wurde die Tradition der Regenbogenkrieger ("Warriors of the Rainbow") nach einer Legende der Cree ins Leben gerufen. Diese besagt, dass sich eines Tages, wenn sich der Himmel verdunkelt hat, die Vögel tot zur Erde fallen und die Flüsse vergiftet sind, Menschen aller Rassen, Hautfarben und Glaubensbekenntnisse zu den Regenbogenkriegern zusammenfinden werden, um die Erde vor dem totalen Untergang durch Umweltzerstörung zu retten. Wir taufte unser Schiff auf den Namen "Rainbow Warrior" und ich selbst kämpfte fünfzehn Jahre an vorderster Front der Ökobewegung. In dieser Zeit wurde aus der konspirativen Vereinigung von Kellerkindern die weltgrösste Umweltschutzorganisation.

Als nächstes nahmen wir uns der Aufgabe an, die oberirdischen Atombombentests der französischen Regierung im Südpazifik zu verhindern. Dies war schon ein etwas schwierigerer Fall als die Wasserstoffbombentests der US-Regierung. Aber nach jahrelangen Greenpeace-Protestbegleitfahrten und Kampagnen, bei denen einige von uns mit dem Leben bezahlen mussten, gelang es uns auch hier, die französische Regierung dazu zu bewegen, die Tests zunächst nur noch unterirdisch durchzuführen und dann schliesslich ganz einzustellen.

Im Jahr 1975 begaben wir uns auf Hochseefahrt in den Nordpazifik und setzten Segel gegen die russischen und japanischen Walfängerflotten, die im Begriff waren, die letzten Pottwale vor den Küsten Kaliforniens abzuschlachten. Wir fuhren mit kleinen Schlauchbooten zwischen die Harpunen der Fangschiffe und die Wale und brachten auf diese Weise die Rettet-die-Wale-Bewegung in die Wohnzimmer der ganzen Welt. Diese Aktion verhalf Greenpeace zum endgültigen Durchbruch. Im Jahr 1979 verbot die Internationale Walfangkommission den industriell betriebenen Walfang im Nordpazifik und bald darauf wurde das Verbot für alle Weltmeere ausgesprochen.

Im Jahr 1978 wurde ich an der neufundländischen Küste verhaftet, weil ich mich auf einen Heuler geworfen hatte, um ihn vor der Keule der Robbenschlächter zu schützen. Ich wurde verurteilt, aber das Foto von mir und der Robbe erschien am nächsten Morgen in über 3000 Zeitungen. Dank dieser und anderer Protestaktionen wurde der Handel mit Fellen von Babyrobben in Europa 1984 verboten und dem Schlachten auf dem Eis wirksam ein Ende gesetzt.

Man mag es kaum glauben, aber noch Anfang der 80er-Jahre sammelten westeuropäische Länder gemeinschaftlich ihre gering bis mässig radioaktiven Abfälle, um sie dann in tausenden von Ölfässern auf Schiffe zu verladen und im Atlantik zu versenken und sich auf diese Weise der Abfälle durch "Entsorgung" zu entledigen. Im Jahr 1984 setzten die gemeinsamen Anstrengungen von Greenpeace und der britischen Seefahrgewerkschaft dieser Praxis dann für immer ein Ende.



Bis Mitte der 80er Jahre war aus der Hinterhofvereinigung eine Organisation mit jährlichen Einnahmen von über 100 Millionen US-Dollar, Vertretungen in 21 Ländern und weltweit über 100 Kampagnen geworden, die sich neben den althergebrachten Themen nun auch mit Problematiken wie Giftmüll, saurem Regen, Uranabbau und Treibnetzfischerei beschäftigte. Wir hatten in den demokratischen Industrienationen einen Grossteil der Öffentlichkeit für unsere Sache gewinnen können und auch für Präsidenten und Premierminister gehörten Umweltthemen fortan zur Tagesordnung.

Von der Konfrontations- zur Konsenspolitik

Ich persönlich brauchte dann eine Veränderung. In den letzten fünfzehn Jahren meines Lebens hatte ich Tag für Tag gegen mindestens drei oder vier Dinge angekämpft und nun wollte ich endlich mal zur Abwechslung für etwas sein können. Ich wagte den Übergang von der Konfrontations- zur Konsenspolitik. Wenn man die Mehrzahl der Leute bereits von einer Sache überzeugt und auf die eigene Seite gebracht hat, sollte man diesen wohl nicht länger die Hölle heiss machen, sondern sich besser mit ihnen an einen Tisch setzen und im konstruktiven Gespräch gemeinsam nach Lösungen für unsere Umweltprobleme suchen.

Alle gesellschaftlichen Bewegungen entstehen aus einer Phase der Polarisierung und Konfrontation heraus, während der eine Minderheit versucht, die Gesellschaft von der Richtigkeit und Gerechtigkeit ihrer Sache zu überzeugen. Darauf folgt eine Phase der Versöhnung, wenn die Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, die Werte der neuen Bewegung zu akzeptieren. Im Fall der Umweltbewegung trat dieser Wandel Mitte der 80er-Jahre ein. In dieser Zeit wurde das Schlagwort "nachhaltige Entwicklung" geprägt, das die Herausforderung beschreibt, die neuen Wertvorstellungen in bezug auf den Umweltschutz, denen wir zum Durchbruch verholfen hatten, wirklich anzunehmen und in die althergebrachten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wertvorstellungen, die die Sozial- und Wirtschaftspolitik und unser Alltagsverhalten seit jeher prägen, zu integrieren. Aber wir können nicht von heute auf morgen all unser Handeln ausschliesslich an Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit ausrichten. Jeden Tag wachen 6 Milliarden Menschen auf, die mit Nahrung, Energie und Ressourcen versorgt werden wollen. Die Herausforderung der Nachhaltigkeit liegt in der Befriedigung dieser Bedürfnisse in einer Art und Weise, die die negative Auswirkung auf die Umwelt möglichst gering hält. Aber alle Veränderungen müssen immer auch sozialverträglich sowie technisch und wirtschaftlich machbar sein. Es ist nicht immer einfach, umweltorientierte, gesellschaftliche und wirtschaftliche Prioritäten gegeneinander auszubalancieren. Um nachhaltig handeln zu können, müssen Kompromisse geschlossen und ein kooperativer Umgang unter Einbeziehung von Regierungen, Industrie, geistiger Elite und Umweltschützern gepflegt werden. Es ist dieses Bemühen um Konsensfindung unter konkurrierenden Interessen, das mich in den letzten 15 Jahren überwiegend beschäftigt hat.



Der Aufstieg der Umweltextremisten

Nicht alle meiner früheren Kollegen haben die Dinge so gesehen. Manche lehnten ein Eintreten für Konsenspolitik und nachhaltige Entwicklung zugunsten einer ewigen Konfrontation und eskalierendem Extremismus ab. Für mich glitten sie in eine Ära der Null-Toleranz- und Linkspolitik ab. Was unter Umweltextremismus zu verstehen ist, soll im folgenden veranschaulicht werden:

Umweltextremisten sind unmenschlich. Menschen werden als Krebsgeschwür der Erde dargestellt. Der Öko-Extremist Herb Hammond drückt dies so aus: "Von allen Teilen des Ökosystems ist der Mensch der einzige, auf den komplett verzichtet werden kann". Was für ein netter Gedanke!

Umweltextremisten sind gegen Wissenschaft und technischen Fortschritt. Alle grossen Maschinen werden als inhärent destruktiv und unnatürlich erachtet. Auf die Wissenschaft beruft man sich, um Positionen zu rechtfertigen, die nichts mit Wissenschaft zu tun haben. Unbelegte Meinungen gelten mehr als nachweisliche Fakten.

Umweltextremisten sind gegen jeglichen Handel, nicht nur gegen freien Handel. Man beachte nur die Ausschreitungen gegen die Welthandelsorganisation und Globalisierung. Im Namen des Bioregionalismus wird ein Zeitalter der ultranationalistischen Fremdenfeindlichkeit heraufbeschworen. Die ursprüngliche "Eine Erde"-Vision mit der Vorstellung der wie in einer Familie vereinten Weltgemeinschaft geht verloren in einer hysterischen Kampagne gegen Globalisierung und freien Handel.

Umweltextremisten sind antikapitalistisch eingestellt. Alle grossen Unternehmen werden als inhärent von Gier und Korruption getrieben dargestellt. Profite sind definitiv nicht politisch korrekt. Das liberal-demokratische, marktgestützte Modell wird abgelehnt, obwohl keine brauchbare Alternative dazu aufgebote werden kann, wie die Grundbedürfnisse von 6 Milliarden Menschen ansonsten befriedigt werden könnten. Laut Vertretern des Native Forest Network, Aktivisten, die sich für den Erhalt der Urwälder in Nordamerika einsetzen, "ist es notwendig, eine Strategie der globalen Abschaffung eines auf Konsumentenwünschen basierenden Industriekapitalismus einzuschlagen". Damit ist wohl das Ende der Zivilisation gemeint.

Nicht zuletzt sind Umweltextremisten schlicht und einfach zivilisationsfeindlich. In letzter Instanz projizieren Öko-Extremisten eine naive Vision der Rückkehr zu einem angeblich utopischen Leben im Garten Eden und vergessen dabei praktischerweise, dass die Menschen in früheren Zeiten im Durchschnitt nur 35 Jahre alt wurden und dass es noch keine Zahnärzte gab. In ihrer Schönen Neuen Welt sind keine künstlichen Substanzen, keine Flugzeuge und ganz bestimmt keine Polyesteranzüge mehr vorgesehen.



Die Idee der Konsensfindung

In den Küstendörfern der Fiji-Inseln sitzen die älteren Männer jeden Tag um circa 4 Uhr nachmittags in einer speziell dafür vorgesehenen Hütte im Kreis zusammen. Während im Hintergrund ein jüngerer Mann Kavawurzeln für die Kava-Prozession zubereitet, sprechen die Alten abwechselnd in ruhigen, gesetzten Worten über die Belange des Dorfes. Bei diesen Zusammenkünften werden keine Abstimmungen durchgeführt. Die Dinge werden nur ausführlich besprochen bis es nichts mehr hinzuzufügen gibt und allgemeines Schweigen signalisiert, dass alles zur Zufriedenheit aller gesagt ist. Dann ist ein Konsens erreicht - und es ist Zeit, für eine Tasse Kava.

Natürlich kann man argumentieren, dass ein Grüppchen alter Männer wohl kaum die fijianische Dorfbevölkerung demokratisch repräsentiert. Das ist wohl richtig und es bleibt zu hoffen, dass sie ihr System noch dahingehend reformieren, dass zumindest die Interessen der Frauen, Arbeiter und Kinder vertreten sind. Woraus wir etwas lernen können ist nicht die Zusammensetzung dieses Ältestenrates sondern der Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

Als ich zum ersten Mal vor mehr als 20 Jahren diesem Ältestenrat beiwohnte, schenkte ich dem Wort Konsens noch keine grössere Beachtung. Erst nach ein paar Jahren erkannte ich die Bedeutung dieses sanften Prozesses des "Sicheinigwerdens" nach Anhörung aller Meinungen und Standpunkte. Ich durchlief eine Verwandlung vom radikalen Umweltaktivisten zum Nachhaltigkeitsverfechter, die mein Leben dahingehend veränderte, dass ich nicht mehr auf Konfrontation aus war sondern mich aktiv um Konsens bemühte.

Die Entstehung des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung

Im Jahr 1982 war ich zusammen mit 80 weiteren Umweltaktivisten aus der ganzen Welt nach Nairobi, Kenia eingeladen, um den 10. Jahrestag der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen zu begehen, an der ich damals in Stockholm ebenfalls teilgenommen hatte. Dort hörte ich zum ersten Mal das Schlagwort "nachhaltige Entwicklung", das damals also noch ganz neu gewesen sein muss. Er hat meine Denkweise für immer verändert.

Viele Menschen meinen, dass unter "nachhaltiger Entwicklung" eine Art Kompromiss zwischen Umweltschützern und Technokraten bzw. Unternehmern zu verstehen ist. Dies ist nicht der Fall. Die Wortschöpfung geht ursprünglich auf die Umweltbewegung selbst zurück. Damals, Anfang der 80er-Jahre fand die Umweltbewegung vorwiegend in den hochentwickelten Industrienationen statt. Diese Gruppen waren im Grunde gegen jegliche Entwicklung, da es damals populär und schick war, gegen alle grossen Industrieprojekte zu sein. Für Umweltschützer, die in den Entwicklungsländern arbeiteten, war es unmöglich eine entwicklungsfeindliche Haltung anzunehmen, wenn sie glaubhaft bleiben wollten. Die Wortschöpfung "nachhaltige Entwicklung" ist demnach Folge eines Kompromisses zwischen Umweltaktivisten in den hochentwickelten Ländern und ihren Mitstreitern in den Entwicklungsländern.



Populär wurde der Ausdruck schliesslich, als der Brun(d)tland-Bericht "Unsere gemeinsame Zukunft" von der von den Vereinten Nationen eingesetzten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1987 veröffentlicht wurde. Er empfahl die Einrichtung von sogenannten "Runden Tischen" für alle gesetzgebenden Einrichtungen. "Am runden Tisch" sollten sich Menschen aus allen Schichten und Berufen und allen Interessengruppen versammeln und einen Konsens darüber finden, wie eine nachhaltige Entwicklung, heute meist kurz als "Nachhaltigkeit" bezeichnet, erreicht werden könnte. Natürlich beschränkte sich der Begriff schon damals nicht mehr nur allein auf die Umwelt, sondern wurde auf alle Aspekte der Wirtschaft und Gesellschaft ausgedehnt.

Von allen Ländern weltweit ergriff Kanada mehr als alle anderen die Chance zur Einrichtung von Gesprächen am runden Tisch. Dies war zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass zwei Kanadier, Maurice Strong, der in den Jahren 1972 und 1992 den Vorsitz bei den UN-Umweltkonferenzen inne hatte, und Jim McNeill, der dem UNCED-Sekretariat für "Unsere gemeinsame Zukunft" vorstand, selbst stark in das Projekt involviert waren. Zum anderen lag dies auch an der kanadischen Neigung, über Sozialpolitik zu verhandeln und nicht nur einfach Gesetze zu verabschieden bzw. diese einzuklagen. Eine häufig anzutreffende Redensart, die zur Verdeutlichung der Unterschiede zwischen uns Kanadiern und unseren amerikanischen Nachbarn im Süden herangezogen wird, lautet: "Americans litigate, Canadians negotiate" ("Amerikaner prozessieren, Kanadier verhandeln").

Bis 1990 waren "Round Tables on the Environment and the Economy" auf nationaler Ebene, in allen zehn kanadischen Provinzen und in beiden Territorien eingerichtet worden. Obwohl ihre Zusammensetzung überall etwas anders ausfiel – so waren z.B. in einige Politiker als Teilnehmer gewählt worden und in andere nicht, hatten sie alle den gleichen Auftrag, nämlich Strategien für Nachhaltigkeit auf hohem Niveau und unter Anwendung des Konsensverfahrens zu entwickeln. Der "National Round Table on the Environment and the Economy" ist auch heute noch sehr aktiv.

In Kanada blühte die Bewegung der runden Tische über eine sehr aktive fünfjährige Phase von 1990 bis 1995. Im Jahr 1990 wurde ich an den Runden Tisch von British Columbia berufen und war Mitglied bis sich dieser kurz darauf im Jahr 1994 auflöste. Wir brachten eine beeindruckende Reihe von Dokumenten hervor, die alle einen Konsens der 30 Mitglieder darstellten. Diese repräsentierten sämtliche Interessen der Bevölkerung von BC einschliesslich der Umweltschützer, der Unternehmer, der Gemeinden, der Arbeiter, der Eingeborenen und der Regierung. Die Konsenspapiere enthielten Regierungsempfehlungen zu Themen wie nachhaltigen Energien, nachhaltiger Wirtschaft, nachhaltigem Städtebau und Lernen für ein nachhaltiges Handeln.

In diesen vier Jahren wurden Jahrestreffen abgehalten, zu denen sich alle runden Tische in Kanada versammelten, um Konzepte zu vergleichen und auf ein gemeinsames Verständnis von Konsens und Nachhaltigkeit hin zu arbeiten. Dies waren wunderbare Gelegenheiten, um den



Horizont zu erweitern und alle Beteiligten kamen zu einer neuen Wertschätzung des Potentials zur Lösung von Konflikten und Zukunftsplanung, das in Gesprächen am runden Tisch steckt.

Konsensfindung unter vielen konkurrierenden Interessen

Bei den Konsensgesprächen am runden Tisch geht es um eine spezielle Art der Konfliktlösung. An vielen solchen Verfahren sind nur zwei Parteien beteiligt, vergleichbar mit einer Mediation/Schlichtung bei Arbeits-/Betriebsverhandlungen. Der professionelle Vermittler (Mediator) befasst sich in der Regel mit der relativ einfachen Sache, zwischen zwei Positionen einen Mittelweg aufzuzeigen, sei es im Fall von Gehaltsverhandlungen, Sozialleistungen, Mutterschutz oder anderen Aspekten eines Vertrages. Wie wir wissen kann sogar dieses Verfahren ausserordentlich schwierig sein und sich über eine halbe Ewigkeit hinziehen.

Beim Erzielen von Übereinstimmung in Fragen der Nachhaltigkeit, die zwingend die Aspekte Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft beinhalten muss, spielen sowohl eine Vielzahl von Themen als auch eine bunte Mischung von Interessengruppen eine Rolle. In den Debatten wird in der Regel das ganze Streitspektrum von der Landnutzung, über den Ressourcenverbrauch, Lebensweise und Philosophie bis hin zum Arten-/Naturschutz contra Denkmalpflege etc. abgehandelt. Solche komplexen Probleme lassen sich schlicht und einfach nicht im traditionellen Schlichtungsverfahren mit zwei Parteien lösen. Mit Konsensfindungsgesprächen am runden Tisch sollen die Rahmenbedingungen für einen Dialog geschaffen werden, der die Gesprächspartner trotz der unglaublichen Komplexität der Inhalte voranbringt.

Das Konsensverfahren ist kein starres System, bei dem man sich etwa der "Robert's Rules of Order" bedienen müsste, wie sie zur Regelung der Geschäftsordnung im englischen Parlament oder bei Vorstandssitzungen von Unternehmen gelten. Es kann aber auch nicht jeder machen was er gerade will. Der Dialog muss so strukturiert sein, dass alle Teilnehmer ein Verständnis von den Ansichten der anderen erlangen. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn bestimmte Prinzipien und Methoden angenommen und auch eingehalten werden.

Vor allem ist wichtig, dass ein professioneller Vermittler, der das Wesen der Konsensfindung versteht und darin bereits Erfahrungen gesammelt hat, als Moderator fungiert, der das Verfahren immer wieder sanft in die richtigen Bahnen lenkt. Der Vermittler steht der Versammlung jedoch nicht vor wie ein Vorsitzender, sondern schaltet sich immer dann ein, wenn den Gesprächspartnern am runden Tisch auf die Sprünge geholfen werden muss, um sich gegenseitig besser zu verstehen. In den letzten Jahren hat die "International Association for Public Participation" (Internationale Vereinigung für Öffentlichkeitsarbeit) (<http://www.iap2.org>) Experten zusammengeführt, die diese Fertigkeiten besitzen.

Zum zweiten - und dies ist genauso wichtig – **bedeutet Konsens nicht, dass alle in allen Dingen absolut einhellig übereinstimmen müssen.** Obgleich die Vorstellung verlockend ist, Konsens idealerweise oder theoretisch als Übereinstimmung in perfekter Harmonie zu definie-



ren, ist dies in der Praxis nie möglich. Die praktische Definition von Konsens muss berücksichtigen, dass es so gut wie immer Meinungsverschiedenheiten geben wird und daher auch Unterschiede in der Position, die die verschiedenen Teilnehmer in Gesprächen am runden Tisch einnehmen. Hier ist das Talent eines professionellen Vermittlers erforderlich.

Zum Dritten werden bei Gesprächen am runden Tisch im Zweifelsfalls Teilnehmer eher zugelassen als ausgeschlossen. Obgleich es aus Effizienzgründen wichtig ist, die Zahl der Teilnehmer am runden Tisch zu begrenzen, hat es Vorrang, sicherzustellen, dass alle legitimen (und in manchen Fällen auch fragwürdigen) Interessen repräsentiert sind. So einigten sich zum Beispiel bei einem der runden Tische, der für die Erarbeitung einer Empfehlung zur Landnutzung in British Columbia eingerichtet worden war, die Mitglieder darauf, einen Teilnehmer zuzulassen, der "alle Lebewesen" repräsentieren sollte. Es wurde argumentiert, dass alle anwesenden Gesprächspartner zwar die Interessen der Menschen vertraten, aber auch anderen betroffenen Lebensformen ein Platz am Tisch zugestanden werden sollte. Eines der besten Merkmale im Konsensfindungsprozess liegt darin, dass es nicht darum geht, dass eine Mehrheit eine Abstimmung "gewinnt". Es kommt also gar nicht so sehr darauf an "wie viele Stimmen" für einen bestimmten Standpunkt gewonnen werden können. Demzufolge stellt Cliquenbildung kaum ein Problem dar und auch die Bildung von Sonderausschüssen ist nicht erforderlich.

Die Aufgabe des Vermittlers liegt letzten Endes darin, die Gesprächspartner am runden Tisch in der Erstellung eines Konsenspapieres zu unterstützen, das das einhellige Einvernehmen aller Beteiligten in den verschiedenen Bereichen zum Ausdruck bringt und im Falle einer nicht einhelligen Einigung, auch diejenigen Punkte nennt, über die keine Einigung erzielt werden konnte, und zwar in Worten, denen alle Teilnehmer einhellig zustimmen können.

Ein wie oben definierter Konsens kann in der Regel erreicht werden, vorausgesetzt der Vermittler ist fähig und die Teilnehmer haben den aufrichtigen Wunsch, die Verhandlungen voranzubringen.

Wie werden runde Tische eingerichtet?

Runde Tische sind kein Regierungersatz. Sie machen keine Politik wie der fijiianische Ältestenrat, sondern liefern Regierungsempfehlungen an demokratisch gewählte Organe ab, ob nun auf nationaler, bundesstaatlicher (State/Province) oder lokaler Ebene. Aus diesem Grund ist eine ad hoc-Einberufung, also spontane Formierung, in der Regel nicht angemessen. Gewöhnlich ist es am besten, wenn runde Tische von einem demokratisch gewählten Organ ernannt werden und diesem gegenüber verantwortlich sind. Dieses demokratisch gewählte Organ ist dann in einer Position, Entscheidungen auf Empfehlung des runden Tisches hin zu fällen.

Vor der Zusammenstellung der Mitglieder für den runden Tisch müssen zunächst die verschiedenen Interessengruppen oder "Stakeholder" ermittelt und dann Einzelpersonen ausgewählt werden, die die jeweiligen Interessen wirksam vertreten können. Eine der Schlüsselanforderun-



gen für eine Mitgliedschaft am runden Tisch liegt darin, dass die Mitglieder regelmässig ihrem jeweiligen "Wahlkreis" Bericht darüber erstatten, welche Fortschritte bei den Treffen gemacht werden. Es ist wichtig, dass das einzelne Mitglied nicht irgendwann seiner Interessengruppe "voraus ist", sondern diese immer wieder am Verlauf der Verhandlungen "teilhaben lässt".

Diesbezüglich gibt es aber viele Variationsmöglichkeiten. Wenn zum Beispiel ein Privatunternehmen die Einrichtung eines runden Tisches fördern möchte, damit ein Industrieprojekt Beachtung findet, kann es dies tun, indem es sich an die entsprechend zuständige Regierungsebene wendet. Wenn eine Gruppe von Umweltschützern einen runden Tisch einrichten möchte, um Aufmerksamkeit auf eine Entwicklung zu lenken, die deren Meinung nach umweltschädlich ist, kann auch diese Gruppe dies tun, indem sie sie mit dem entsprechenden gewählten Organ Kontakt aufnimmt.

Es ist praktisch immer wünschenswert, dass das zuständige gewählte Organ die Aufgabe übernimmt, die Themenbereiche festzulegen bzw. zu genehmigen sowie die Mitglieder und den Vermittler für den runden Tisch zu ernennen. Schliesslich hat der runde Tisch eine beratende Funktion und ist dem demokratischen System gegenüber verantwortlich. Auch Vertreter des privaten Sektors können auf lokaler Ebene runde Tische unterstützen, vorausgesetzt sie kontrollieren nicht die Mitgliedschaft oder die Richtung, die die Verhandlungen nehmen. Dies schafft eine Situation, in der die Glaubhaftigkeit des Verfahrens in den Händen einer gewählten Regierungseinrichtung liegt. Wenn das Regierungsorgan das Vertrauen in das Verfahren verliert, lösen sich runde Tische auf.

Verhandeln am runden Tisch – wie funktioniert das?

Stellen wir uns vor, ein runder Tisch wäre von einer lokalen Regierung eingerichtet worden, um über einen Antrag zum Bau eines Flusstaudamms zur Energiegewinnung aus Wasserkraft zu verhandeln. Es wurde ein Vermittler eingesetzt, der die ernannten Mitglieder zu einem ersten Treffen einberuft. Bei diesem Treffen ist der erste Punkt der Geschäftsordnung nach Abhandlung der Formalitäten und einer Einführung die Feststellung der Teilnehmer am runden Tisch und der abzuhandelnden Themenbereiche. Wenn einer oder mehrere der Teilnehmer der Ansicht sind, dass weitere Mitglieder erforderlich sind, damit wirklich alle Interessen repräsentiert werden, müssen sie dies kundtun. Auch müssen die Teilnehmer mit der Auswahl der Themenbereiche zufrieden sein: diese dürfen nicht zu eng begrenzt, aber auch nicht zu allgemein gehalten sein.

Wenn sich die Teilnehmer des runden Tisches einig sind, dass alle Interessen angemessen repräsentiert sind (und dies sollte der Fall sein, wenn der Sponsor und der Vermittler ihre Hausaufgaben gemacht haben) bleibt dem Vermittler nur noch festzustellen, dass ein Konsens gefunden ist! Wenn sich die Teilnehmer darüber einig sind, dass noch ein oder mehrere Teilnehmer hinzugezogen werden sollten, bleibt dem Vermittler ebenfalls nur noch festzustellen, dass ein Konsens erreicht wurde. Wenn Meinungsverschiedenheiten über die Rechtmässigkeit



von Teilnehmerschaften ausbrechen, sollte der Vermittler den Teilnehmern das nicht exklusive Wesen des Verfahrens klarmachen, notfalls auch einzelne Mitglieder zur Seite nehmen bis eine Einigung erzielt ist. Die Stärke dieses Ansatzes liegt darin, dass die Gruppe mit einem kleinen aber wichtigen Schritt in die Verhandlungen eintritt und dann bereits das Erreichen eines Konsenses feiern kann, noch bevor die eigentliche Debatte begonnen hat.

Im nächsten Schritt wird diskutiert welchen Auftrag (Mandat) der runde Tisch haben soll. Dies bringt den Prozess um die Diskussion der Inhalte in Gang. Dabei ist darauf zu achten, die Dinge zunächst allgemein zu halten und sich nicht in Details zu verstricken. Es kann sein, dass einige Teilnehmer die Thematik weiter "ausdiskutieren" möchten, während andere die Diskussion bereits für uferlos halten. Auch hier muss der Vermittler seine Fähigkeiten einbringen, um einen Konsens zu erreichen. Sobald dies erreicht ist, kann sich der runde Tisch in dem Bewusstsein, bereits in zwei wichtigen Punkten einen Konsens erreicht zu haben, an seine eigentlichen Aufgaben machen.

Sobald sich der runde Tisch dann hinsichtlich Teilnehmer und Mandat einig ist, kann er den nächsten Schritt wagen: die Feststellung der Diskussionspunkte und Bedenken. Diskussionspunkte sind Fragen oder Angelegenheiten, die die meisten Teilnehmer einhellig als wichtig für die Debatte oder die gerade zu lösende Aufgabe halten. Zum Beispiel ist die Tatsache ein Diskussionspunkt, dass ein Staudamm zur Energieerzeugung aus Wasserkraft brechen und tiefer gelegene Dörfer überschwemmen kann. Bedenken, andererseits, sind eher Probleme, die nicht immer von einer Mehrheit der Teilnehmer gesehen werden müssen, denen aber Gehör zu schenken ist, auch wenn sie nur ein einzelner Teilnehmer vorbringt. So kann ein Mitglied Bedenken haben, dass die elektrischen Stromleitungen des Staudammwerkes bei den Anwohnern Krebs auslösen könnten. Andere Teilnehmer halten diese Bedenken möglicherweise für lächerlich. Der Vermittler sollte die restlichen Mitglieder dann davon überzeugen, den "Bedenkenträger" nicht zu befremden, sondern seine Bedenken als "bedenkenswert" anzunehmen. Auch hier ist es wieder wichtig, an die "Eingeschworenheit" der Gemeinschaft zu appellieren, d.h. also niemand auszuschliessen, insbesondere am Anfang, solange noch kein Vertrauen besteht.

Der Prozess der Feststellung der Diskussionspunkte und Bedenken ermöglicht es den Teilnehmern, nicht mehr nur ihren Standpunkt zu vertreten, sondern auch die Gründe für diese Standpunkte darzulegen. Anstatt zu sagen "Ich bin gegen Staudämme zur Stromgewinnung aus Wasserkraft" sind sie nun aufgefordert, auch die Gründe darzulegen, zum Beispiel weil "ein Staudamm das tiefer gelegene Tal überfluten und der Tourismusindustrie schaden würde". Diese Phase der Identifikation mit den Diskussionspunkten und Bedenken sollte gründlich und erschöpfend erfolgen und niemand sollte ungehört bleiben. Auch wenn alle Diskussionspunkte und Bedenken ermittelt sind, sollte die Liste während der gesamten Verhandlungszeit offen bleiben, um erforderlichenfalls noch weitere Punkte aufnehmen zu können. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass in einem Verfahren zur Konsensfindung die Liste der zu besprechenden Punkte



grundsätzlich nicht geschlossen werden darf, um so zu signalisieren, dass kein Punkt von der Diskussion ausgeschlossen wird.

An dieser Stelle ist es am Vermittler gelegen, die Teilnehmer in der Organisation der Diskussionspunkte und Bedenken nach logischem Vorgehen oder Methode zu unterstützen. Bisweilen lässt sich eine Gruppe von Themen auch ganz einfach unter einer einzigen Überschrift zusammenfassen. Die Ermittlung der Diskussionsthemen und Bedenken erfordert in der Regel zwei volle Sitzungen. (Typischerweise werden Sitzungen einmal monatlich einberufen, z.B. zum Auftakt mit einem gemeinsamen Abendessen am Freitag und als Farewell-Veranstaltung mit einem Lunch am Samstag mittag). Am Ende dieser Veranstaltung haben die Mitglieder einen Konsens über die Diskussionspunkte und Bedenken erreicht.

Daran an schliesst sich der wesentlichste Teil der Verhandlungen, bei denen die Diskussionsthemen eines nach dem anderen abgearbeitet werden. Für jeden Diskussionspunkt muss festgelegt werden, wie Informationen dazu eingeholt werden können. Es werden Dokumente und Experten genannt. Alle Teilnehmer am runden Tisch sollten in der Lage sein, Informationen beizusteuern und Experten zu benennen, die möglicherweise noch mehr Licht in eine Sache bringen könnten. Dies erfordert häufig ein Budget, um Experten gewinnen zu können. Ausserdem ist es oft hilfreich, Feldbesuche zu unternehmen, um die Dinge vor Ort in Augenschein zu nehmen, um die es in dem Streit oder der Diskussion geht. Es kann auch hilfreich sein, sich zum Vergleich andere Örtlichkeiten mit ähnlichen Verhältnissen anzuschauen, z.B. einen anderen bereits gebauten Staudamm. Für jeden Diskussionspunkt und alle Bedenken gilt, dass alle Teilnehmer das zufriedene Gefühl haben sollten, dass die Informationsphase zur Meinungsbildung erschöpfend lang war und nun alle verfügbaren Informationen vorliegen. Dazu können viele Zusammenkünfte notwendig sein, aber in der Regel können die Teilnehmer einen Konsens nur dann erreichen, wenn alle das Gefühl haben, dass das Thema erschöpfend behandelt wurde und sich jeder hinreichend informiert fühlt.

Während die Diskussionspunkte ermittelt und Informationen zusammengetragen werden, bilden sich die Teilnehmer am runden Tisch gemeinsam fort. Sie erlangen ein besseres Verständnis von den Sichtweisen und Bedenken der anderen Teilnehmer. Bei gemeinsamen Mahlzeiten und Feldbesuchen vor Ort lernen sie sich persönlich kennen. Manchmal werden dann Leute mit unterschiedlichen Ansichten Freunde und sind bereit für eine Lösung der Probleme zusammenzuarbeiten.

Die nächste Stufe beinhaltet die Bemühungen des Vermittlers, eine gemeinsame Basis für möglichst viele Diskussionspunkte und Bedenken zu schaffen. Es ist durchaus nichts ungewöhnliches für Verhandlungen am runden Tisch, dass ein einhelliges Einvernehmen über viele Diskussionspunkte erreicht wird. Im Fall eines Staudamms zur Stromgewinnung aus Wasserkraft wäre es zum Beispiel durchaus denkbar, dass die Aussage "Es sollten Untersuchungen durchgeführt werden, um herauszufinden, ob dadurch gefährdete Arten bedroht sind" durchaus einhellig an-



genommen wird. Dagegen werden Statements wie "Staudämme zur Stromgewinnung aus Wasserkraft sollten in diesem Land verboten werden" wohl kaum auf einhellige Zustimmung stossen.

Hier wird die heikelste Aufgabe des Vermittlers deutlich. Dieser muss die Teilnehmer darin unterstützen, ein Dokument aufzusetzen, in dem das Wesen des Vorschlages/Streits/Diskussionsthemas zur Landnutzung und für jeden Diskussionspunkt und sämtliche Bedenken umrissen wird, und zwar in Worten, die von den Teilnehmern am runden Tisch einhellig akzeptiert werden können. Dies bedeutet, dass ein Papier erstellt werden muss, aus dem deutlich hervorgeht, wo einhellige Übereinstimmungen erzielt wurden und wo noch keine Einigkeit herrscht. Dabei ist das Wesen der Diskrepanz in Worten so zu beschreiben, dass die Formulierung von den Teilnehmern einhellig akzeptiert wird.

So kann ein Konsenspapier erstellt werden, obgleich in einigen Punkten noch Uneinigkeit besteht. Der grosse Vorteil dieses Verfahrens liegt darin, dass es den tatsächlich Entscheidungen treffenden Organen, der Regierung, einen klaren Ausdruck der öffentlichen Meinung an die Hand gibt. Verglichen mit dem Schlagzeilenkrieg der Medien, die sich häufig ebenfalls gerne der Landnutzung und anderen Fragen des Ressourcengebrauchs annehmen, bringt der Ansatz des runden Tisches Klarheit und Kohärenz an die Spitze der Debatte.

Das Konsenspapier sollte dann der Gemeinschaft breit zugänglich gemacht und formell, möglichst persönlich, den entsprechenden an der Entscheidungsfindung beteiligten Regierungsebenen präsentiert werden.

Schlussfolgerungen

Jede Verhandlung am runden Tisch ist einzigartig. Es gilt aber zu bedenken, dass bei allen Verfahren am runden Tischen ein paar wenige Grundbestandteile zwingend vorhanden sein müssen, wie zum Beispiel:

die Bereitschaft seitens der verschiedenen Interessengruppen in einer Gemeinschaft aus freien Stücken an den runden Tisch zu kommen.

Die Unterstützung des Verfahrens durch die gewählte Regierung hinsichtlich der Autorisierung des runden Tisches und der Ernennung der Teilnehmer.

Die professionelle Moderation durch einen neutralen Vermittler (Mediator) mit Erfahrung in Konsensverhandlungen.

Ein "guter Wille" seitens der Teilnehmer. Konsensverhandlungen funktionieren nicht, wenn einige Teilnehmer den Ton angeben wollen, unselige Allianzen schmieden oder böse Absichten verfolgen.



Die Bereitschaft seitens der Regierung, die Verhandlungen am runden Tisch "zu verfolgen" und dann auch nach den Empfehlungen des runden Tisches zu handeln.

Ich persönlich bin der Ansicht, dass das Konsensverfahren ein äusserst hilfreiches Mittel darstellt, um Strategien für eine nachhaltige Entwicklung hervorzubringen. Durch die Schaffung einer Umgebung und eines Verfahrensablaufs, bei dem die Teilnehmer über ihre eigentlichen Positionen hinauswachsen können und die Problematik begreifen, wird es möglich, sich auf die wirklichen Probleme zu konzentrieren und extreme Positionen, die im Grunde keinen oder nur einen geringen Rückhalt haben, zu marginalisieren.

Die eigentliche Herausforderung liegt darin, die aufrichtige Einbringung (Partizipation) aller Interessen zu erreichen, und zwar auch derjenigen, die entschlossen scheinen, oppositionell zu bleiben, so sehr man sich auch bemühen mag, ihre Bedenken zu zerstreuen. Auch hier sind wir wieder mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, zu beurteilen, was extrem und was vernünftig ist.

Vielen Dank.